Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Technischen- und Umweltausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 05.10.2017
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:45 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Moser, Johannes

Mitglieder

Ellensohn, Siegfried
Kamenzin, Peter
Keller, Bernd
Nilson, Lars
Schoch, Martin

Stellvertreter

Höfler, Armin

Protokollführer

Jahn, Sabine

Verwaltung

Distler, Matthias

Abwesend:

Mitglieder

Scheller, Urs
Schmidbauer, Jörg
Veit, Emil

Zuhörer: 6 Bürger

Pressevertreter:

1 Bestimmung der das Protokoll unterschreibenden Stadträte

Das Protokoll werden die Stadträte Bernd Keller und Martin Schoch unterschreiben.

2 Bauanträge und Bauanfragen

2.1 Beschlussfassung zum Bauantrag für den Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage und Carport in Engen, Johann-Peter-Hebel-Straße, Flst.Nr. 3740 Vorlage: 238-17

Der Antragsteller plant in der Johann-Peter-Hebel-Straße auf Flst.Nr. 3740 ein Einfamilienhaus mit Garage und Carport zu errichten. Der Neubau soll im Bereich des Bebauungsplan „Glockenziel III“, rechtsverbindlich seit dem 28.09.2016, errichtet werden.

Der Neubau soll so ins Gelände eingefügt werden, dass das Untergeschoss nach Osten den Hauseingang und ein Gästezimmer auf Straßenniveau erhalten kann. Das Erdgeschoss ist nach Westen ins bestehende Gelände eingefügt, das Obergeschoss mit einem Kniestock von 1,26 m geplant. Das traufständig zur Straße geplante Gebäude mit Satteldach soll eine Neigung von 36° und eine Firsthöhe von 10,38 m sowie eine Wandhöhe von 7,25 m aufweisen.

Für das Vorhaben ist eine Befreiung von der festgesetzten maximalen Wandhöhe von 6,50 m um 0,75 m erforderlich. Der Gemeinderat hatte am 21.02.2017 beschlossen, den Bebauungsplan in absehbarer Zeit auch hinsichtlich der maximal zulässigen Wandhöhe um 0,75 m zu ändern. Bis dahin sollen alle Anträge bis zu dieser Wandhöhe ab dem rechnerischen Bezugspunkt befreit werden.

Im konkreten Antrag ist rechnerisch eine Befreiung hinsichtlich der Wandhöhe von 0,75 m erforderlich. Dies entspricht dem Gemeinderatsbeschluss und dürfte auch das Einfügen in die noch nicht bestehende Nachbarbebauung gewähren, da dort vergleichbare Anträge zu erwarten sind. Auch ist nach den Plänen ein Einbetten des Gebäudes in den Geländeverlauf vorgesehen. Der Befreiung kann zugestimmt werden.

Beschlussvorschlag:

Dem Bauvorhaben und der erforderlichen Befreiung von der Wandhöhe um + 0,75 m = 7,25 m über den rechnerischen Bezugspunkt wird zugestimmt.

Beschluss:

Dem Bauvorhaben und der erforderlichen Befreiung von der Wandhöhe um + 0,75 m = 7,25 m über den rechnerischen Bezugspunkt wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

2.2 Beschlussfassung zum Bauantrag für die Anbringung einer unbeleuchteten Plakatschlagtafel in Engen-Welschingen, Dorfstraße 39, Flst.Nr. 1713 Vorlage: 240-17

Der Antragsteller beabsichtigt an ein bestehendes Gebäude eine Plakatwerbetafel anzubringen. Das Vorhaben liegt im Bereich des nicht überplanten Bereichs von Welschingen und ist nach § 34 BauGB nach Art und Maß der Nutzung und nach der Einfügung in die Örtlichkeit zu beurteilen.

Geplant ist, eine 3,72 x 2,623 m große unbeleuchtete Plakatwerbetafel an der Giebelseite des bestehenden Gebäudes in der Dorfstraße 39 anzubringen. Der Bereich der Ortsdurchfahrt ist von Wohnhäusern geprägt. Eine Einstufung kann als Allgemeines Wohngebiet angenommen werden.

Die geplante Werbeanlage dient keinem ansässigen Betrieb, sondern ist als Fläche für Produktwerbung geplant. Damit erfüllt die Werbeanlage nicht das für Allgemeine Wohngebiete erforderliche Kriterium am Ort der Leistung angebracht zu sein. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Dem Bauantrag wird nicht zugestimmt.

Beratung:

Stadtbaumeister Distler führt noch aus, dass eine Prüfung seitens des Landratsamtes noch nicht abgeschlossen sei und auch die Möglichkeit bestünde, dass von dort aus eine Genehmigung erfolgen könne.

Bürgermeister Moser gibt hierauf zu verstehen, dass dann alternativ ein Aufstellungsbeschluss für eine Satzung gefasst werden müsse.

Stadtrat Höfler verweist noch darauf, dass an der Scheune auf der gegenüberliegenden Seite eine Unmenge Anschlagtafeln sich befinden.

Stadtbaumeister Distler erklärt, dass es seiner Meinung nach hierfür keine Genehmigung vorliege und damit auch kein Präzedenzfall.

Beschluss:

Dem Bauantrag wird nicht zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

2.3 Beschlussfassung zum Bauantrag für die Errichtung eines Balkons in Engen, Vorstadt 17, Flst.Nr. 14 Vorlage: 241-17

Stadtrat Keller ist befangen und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Der Antragsteller beabsichtigt an das Gebäude Vorstadt 14 einen Balkon im 1. Obergeschoss anzubauen. Das Vorhaben befindet sich im Bereich der Altstadt Engen und ist auf seine Zulässigkeit nach dem Bebauungsplan „Altstadt - Änderung“, rechtsverbindlich seit dem 03.04.2005, und der „Altstadtsatzung“, rechtsverbindlich seit 06.10.2005, zu beurteilen.

Der Bauvoranfrage wurde in der TUA-Sitzung am 19.01.2017 zugestimmt. Mit Schreiben vom 30.03.2017 teilte die Baurechtsbehörde beim Landratsamt Konstanz mit, dass ein Bauvorbescheid nicht erteilt werden könne, da das Vorhaben den §§ 12 und 19 DSchG widerspricht.

Der Bauherr hat anschließend umgeplant und den Balkon auf 2,50 m Breite (vormals 3,15 m) und 2,00 Tiefe (vormals 2,30 m bzw. 3,00 m) verkleinert. Der Balkon wurde als Stahlkonstruktion geplant und soll entsprechend der Altstadtsatzung filigran ausgeführt werden. Über die geänderte Planung wurde am 22.06.2017 im TUA berichtet. Die Bauvoranfrage wurde am 06.07.2017 positiv beschieden.

Der Antragsteller hat nun den Bauantrag für den Balkon gestellt und die Planung entsprechend des positiven Bescheides ausgearbeitet. Die Vorgaben der Altstadtsatzung und des Bebauungsplans sind eingehalten. Auf den Nachbargrundstücken bestehen wesentlich größere Balkonanlagen: in der Vorstadt 12 versetzt auf zwei Ebenen, in der Vorstadt 10 auf zwei Ebenen mit Verbindungstreppe zum Garten. Auf den Grundstück Vorstadt 16 befindet sich ein Anbau.

Das Gebäude Vorstadt 14 ist nur im Bereich der ehemaligen Stadtmauer als Denkmal ausgewiesen. Durch den Balkon im 1. OG wird nicht in das Denkmal eingegriffen, die bestehende Bausubstanz wird nur im Bereich der Fensterbrüstung verändert. Der geänderten Planung kann zugestimmt werden.

Beschlussvorschlag:

Dem Bauvorhaben wird zugestimmt.

Beschluss:

Dem Bauvorhaben wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

3 Beschlussfassung zur Vergabe des Aufzugs bei der Erweiterung der Grundschule Engen Vorlage: 239-17

Die Grundschule Engen ist seit dem Schuljahr 2009/2010 Ganztageschule und seit dem Schuljahr 2014/2015 Ganztageschule neuer Prägung. Im Zuge der Errichtung der neuen Stadthalle wurden neben der Mensa im Foyer zwei zusätzliche Räume für den Ganztagesbetrieb in der Halle geschaffen. Die Reduzierung des Klassenteilers auf 28 Schüler, sowie eine Sprachförderklasse, Inklusionsbeschulung, sowie die Errichtung einer Vorbereitungsclassse für Flüchtlinge erzeugen immer noch einen erheblichen räumlichen Druck für einen ordentlichen und pädagogisch sinnvollen Schulbetrieb, trotz leicht zurückgehender Schülerzahlen.

In der VKS-Sitzung am 08.03.2016 hat das Gremium die Grundschule Engen besichtigt und ebenfalls einen Erweiterungsbedarf gesehen. Die Verwaltung wurde beauftragt, ein formelles Raumprogramm vom Regierungspräsidium zu erhalten. Eine erste Entwurfsplanung seitens des Stadtbauamtes wurde in Absprache mit der Schulleitung erarbeitet und dem Regierungspräsidium Freiburg anlässlich des Gespräches am 14.09.2016 vorgestellt.

In der Sitzung des Gemeinderates am 25.10.2016 wurde auf Grundlage der Entwurfsplanung grundsätzlich der Erweiterung der Grundschule Engen zugestimmt. Die Verwaltung wurde beauftragt, unverzüglich einen Zuschuss- sowie den Bauantrag zu stellen. Die notwendigen Haushaltsmittel wurden im Haushalt 2017 vorgesehen. Der Bauantrag wurde am 21.12.2016 dem Landratsamt zur baurechtlichen Entscheidung zugesandt. Der Baubescheid wurde am 19.07.2017 erteilt. Ein gesonderter Baubeschluss wurde in der GR-Sitzung am 25.07.2017 gefasst.

Laut Bauzeitenplan sind die Aufzugsarbeiten im Zeitraum vom 12.03.2018 bis 01.06.2018 vorgesehen. Die Arbeiten wurden beschränkt ausgeschrieben. Die Angebotseröffnung fand am 14.09.2017 statt. Die Bindefrist für das Angebot endet am 12.10.2017. Es wurden insgesamt 5 Angebote ausgegeben.

Insgesamt gingen 2 Angebote ein:

1. Brobeil, Dürmentingen	39.170,22 €
2. Bieter	44.708,90 €

Die Angebote wurden sachlich und rechnerisch geprüft, die Preise sind angemessen.

Die Verwaltung schlägt vor, der Firma Brobeil, Dürmentingen, den Auftrag zur Angebotssumme von 39.170,22 € zu erteilen.

Die Mittel stehen auf der Haushaltsstelle 7721-940100.011 zur Verfügung.

-
Kostenspiegel:

Baukosten lt. Kostenberechnung	43.308,74 €
Baukosten lt. Angebot	<u>39.170,22 €</u>
Einsparung	4.138,52 €

Beschlussvorschlag:

Der TUA beschließt, der Firma Brobeil, Dürmentingen, den Auftrag zur Angebotssumme von 39.170,22 € zu erteilen.

Beschluss:

Der TUA beschließt, der Firma Brobeil, Dürmentingen, den Auftrag zur Angebotssumme von 39.170,22 € zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

**4 Bebauungsplan "Auf der Höhe-3.Änderung" und Örtliche Bauvorschriften "Auf der Höhe-3.Änderung" Engen-Anselfingen
Beschluss der Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Anhörung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB
Vorlage: 213-17**

Der Bebauungsplan „Auf der Höhe-2.Änderung“ in Anselfingen hat am 07.12.11 Rechtskraft erlangt. Entlang der Sportplatzstraße lässt er, bis auf ein Grundstück, eine Bebauung entlang der Straße zu.

Bereits in öffentlicher Sitzung des Technischen- und Umweltausschusses (TUA) am 30.06.16 wurde über ein Bauvorhaben, Neubau eines Wohnhauses mit Doppelgarage, beraten und der Beschluss gefasst, der Befreiung bezüglich des Baufensters zuzustimmen. Laut Aussage des Landratsamts Konstanz kann die Befreiung nicht erteilt werden, weil weit mehr als 1/3 des geplanten Neubaus außerhalb des Baufensters liegt.

So wurde in öffentlicher Sitzung des TUA am 13.10.16 der Aufstellungsbeschluss für die 3.Änderung des Bebauungsplanes „Auf der Höhe“ beschlossen. Das Verfahren kann im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 Nr. 1 BauGB, ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, durchgeführt werden.

Im Bereich der etwas älteren Bebauung sind teilweise relativ große Grundstücke mit eng gezogenen Baufenstern. Um eine bessere Entwicklung im Plangebiet erzielen zu können und dem Gedanken der Nachverdichtung gerecht zu werden, sollen die Baufenster entsprechend angepasst werden. Für die Überlegung wurde im Vorfeld eine Bestandsaufnahme durchgeführt.

In der kommenden Sitzung soll die Planung vorgestellt und gebilligt werden. Die Verwaltung soll beauftragt werden die Offenlage und die Anhörung der Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

Beschlussvorschlag:

Der Technische- und Umweltausschuss billigt die Planung und beschließt die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 und die Anhörung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB.

Beratung:

Stadtbaumeister Distler stellt ausführlich die Planung vor und verweist u.a. auf die Begrenzung der Gebäudelänge auf 27 m, Anpassung der Baufenster, Ziegelfarbe und Struktur. Auf die Bemerkung von Stadtrat Nilson, weshalb auf einer Seite der Sportplatzstraße die Baufenster näher an der Straße seien als auf der anderen Seite, gibt Stadtbaumeister Distler zu verstehen, dass die Baufenster an die schon vorhandene Struktur angepasst würden.

Beschluss:

Der Technische- und Umweltausschuss billigt die Planung und beschließt die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 und die Anhörung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

5 Bebauungsplan "Maierhalden-Bereich Hewenstraße" Engen Aufstellungsbeschluss im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB Vorlage: 243-17

Der Gemeinderat hat im Jahr 2014 einer Vermarktung des Grundstücks Flst. Nr. 1286, oberhalb der Hewenstraße, zugestimmt. Ziel war es die Baulücke zu schließen und eine Wohnbebauung dort vorzusehen. Verschiedene Bebauungsmöglichkeiten wurden im Rat diskutiert und letztendlich einer Bebauung im Süden mit Einfamilienhäusern und einer Bebauung im Norden mit Geschosswohnbauten zugestimmt. Eine Teilfläche für die Einfamilienhausbebauung ist bereits bebaut bzw. wird derzeit bebaut, für den Bereich für Geschosswohnungsbauten liegen mehrere Planvarianten vor.

Nach Ausschreibung des Grundstücks lag eine Bewerbung eines Engener Bauträgers vor, der zwei Mehrfamilienhäuser mit jeweils 10 Wohnungen errichten will. Aufgrund der Topographie ist die Bebauung des Teilgrundstücks allerdings erschwert, weshalb mehrere Entwurfsvarianten erforderlich wurden um die Größe und Lage der Tiefgarage, die Höhe der Gebäude, die Geschossigkeit und Wohnungszahl abzustimmen.

Bereits in der Klausurtagung des GR wurde über die Notwendigkeit diskutiert, dass weitere Wohnungen in Engen geschaffen werden müssen um die gestiegene Nachfrage nach Wohnraum zu decken. Der mit dem TUA abgestimmte Entwurf lässt sich auch nach mehreren Nachforderungen des Baurechtsamtes nicht nach § 34 BauGB genehmigen. Um die bislang verfolgte Konzeption und Nachverdichtung genehmigen zu können ist ein Bauleitplanverfahren erforderlich.

Der Bereich liegt im noch in Kraft befindlichen Straßen- und Baufluchtenplan „Maierhalden“ von 1955, rechtsverbindlich 07.03.58. Dieser weist für diesen Bereich keine Festsetzungen zur Bebauung der Grundstücke vor. Um dem Grundsatz der Nachverdichtung und Schaffung von Wohnraum in zentraler Lage gerecht zu werden, soll der Bebauungsplan „Maierhalden-Bereich Hewenstraße“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB aufgestellt werden. Gleichzeitig soll für diesen Teil eine Teilfläche des Straßen- und Baufluchtenplanes „Maierhalden“ von 1955 aufgehoben werden. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes soll um die Grundstücke Flst Nr. 1286/6 und 1286/10 erweitert werden, sodass auch hier eine sinnvolle Nachverdichtung ermöglicht werden kann.

In der kommenden Sitzung soll der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Maierhalden-Bereich Hewenstraße“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB beschlossen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Technische- und Umweltausschuss beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Maierhalden-Bereich Hewenstraße“ und der Örtlichen Bauvorschriften „Maierhalden-Bereich Hewenstraße“ Engen im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB (Aufstellungsbeschluss).

Beschluss:

Der Technische- und Umweltausschuss beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Maierhalden-Bereich Hewenstraße“ und der Örtlichen Bauvorschriften „Maierhalden-Bereich Hewenstraße“ Engen im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB

(Aufstellungsbeschluss).

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

6 Dringende Vergaben

Keine

7 Mitteilungen

7.1 Mitteilung zum immissionsschutzrechtlichen Verfahren für den temporären Einsatz einer Aufbereitungsanlage in Engen-Welschingen

Das Landratsamt Konstanz erteilte am 22.09.2017 die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb einer Anlage zur sonstigen Behandlung nicht gefährlicher Abfälle (temporärer Einsatz einer Aufbereitungsanlage (Brecheranlage)). Außerdem wurde eine Befreiung von § 3 Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Nr. 5 der Rechtsverordnung für das Wasserschutzgebiet „Tiefbrunnen Brächle, Tiefbrunnen Oberwiesen und Bitzenquelle“.

Bürgermeister Moser führt aus, dass es erneut Beschwerden darüber gegeben habe, dass am Wochenende gearbeitet worden sei. Auf Nachfrage habe er erfahren, dass es sich hier um Arbeiten mit einer Ausnahmegenehmigung des Landes für die Autobahn gehandelt habe. Das vorliegende Lärmschutzgutachten solle nochmals genau betrachtet. Zu diesem Thema solle man außerdem nochmals im Gemeinderat diskutieren.

7.2 Mitteilung zum Bauantrag für den Neubau eines Zweifamilienhauses mit Doppelgarage in Engen, Wilhelm-Hauff-Straße, Flst.Nr. 3750

Der Antragsteller plant in der Wilhelm-Hauff-Straße 10 ein Zweifamilienhaus mit Doppelgarage zu errichten. Der Neubau soll im Bereich des Bebauungsplanes „Glockenziel III“, rechtsverbindlich seit dem 28.09.2016, errichtet werden.

Der Neubau soll so ins Gelände eingefügt werden, dass das Untergeschoss nach Osten den Hauseingang und ein Gästezimmer auf Straßenniveau erhalten kann. Das Erdgeschoss ist nach Westen ins bestehende Gelände eingefügt, das Obergeschoss mit einem Kniestock von 1,27 m geplant. Das traufständig zur Straße geplante Gebäude mit Satteldach soll eine Neigung von 35° und eine Firsthöhe von 10,26 m sowie eine Wandhöhe von 7,25 m aufweisen.

Im konkreten Antrag ist rechnerisch eine Befreiung hinsichtlich der Wandhöhe von 0,75 m erforderlich. Dies entspricht dem Gemeinderatsbeschluss und dürfte auch das Einfügen in die noch nicht bestehende Nachbarbebauung gewähren, da dort vergleichbare Anträge zu erwarten sind. Auch ist nach den Plänen ein Einbetten des Gebäudes in den Geländeverlauf vorgesehen. Der Befreiung wurde in der Sitzung des TUA am 14.09.2017 zugestimmt.

Der Bauherr beantragte außerdem eine Überschreitung der GRZ um 74,52 m² (33%) mit den Nebenanlagen nach § 19 Abs.4 BauNVO und mit der Garage um 11 m² (5,5%) entsprechend § 21a Abs.3 BauNVO. Die Überschreitungen sind jedoch erheblich und deshalb wurde diesen in der Sitzung des TUA am 14.09.2017 nicht zugestimmt.

Der Bauherr hat eine geänderte Planung eingereicht. Die zuerst beantragte Terrasse sowie ein Stellplatz entfallen. Eine Befreiung hinsichtlich der Überschreitung der GRZ ist somit nicht mehr erforderlich.

Die Verwaltung behält sich jedoch vor, zu überprüfen, ob nicht dennoch die Terrasse und der Stellplatz entgegen der Planung umgesetzt werden.

7.3 Mitteilung über eine Änderung der Außenwerbung nach einem Besitzerwechsel in Engen, Schillerstraße 2, Flst.Nr. 291

Der Antragsteller plant mehrerer Werbeanlagen an einem bestehenden Wohn- und Geschäftshaus in der Schillerstraße 2 auf Flst.Nr. 291 auszutauschen. Das Vorhaben liegt im Bereich der Schutzzone B der seit dem 15.07.2004 rechtskräftigen Altstadtsatzung.

Der Antragsteller plant auf den Schaufenstern eine bestehende Beschriftung für den Dienstleistungsbetrieb durch einen neuen Schriftzug zu ersetzen. Die einzelnen Fassadenbeschriftungen und Schriftzüge in den Schaufenstern entsprechen der Satzung. Die meisten Werbeanlagen sind alleine von ihrer Größe her verfahrensfrei.

Gegen den Austausch der Werbeanlagen bestehen keine Bedenken.

7.4 1. Änderung des Regionalplans Schwarzwald-Baar-Heuberg 2003 "Änderung des regionalen Grünzuges in Tuttlingen-Möhringen" Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 12 Abs. 2 Landesplanungsgesetz (LplG) und § 10 Raumordnungsgesetz (ROG)

Der Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg hat in seiner Sitzung der Verbandsversammlung am 30.06.17 beschlossen, das Beteiligungsverfahren für die 1.Änderung des Regionalplans Schwarzwald-Baar-Heuberg 2003 „Änderung des regionalen Grünzuges in Tuttlingen-Möhringen“ durchzuführen. Zugleich erfolgt die Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Stadt Engen und die VVG Engen wurden mit Schreiben vom 12.07.17 informiert und um Stellungnahme bis 20.10.17 gebeten.

Mit der 1.Änderung des Regionalplans 2003 soll der Beschluss der Verwaltungsgemeinschaft Tuttlingen, im Rahmen der 6.Fortschreibung des Flächennutzungsplanes im Tuttlinger Stadtteil Möhringen eine gewerbliche von rund 17 ha neu auszuweisen, umsetzungsfähig werden. Da das Plangebiet in einem im Regionalplan 2003 festgelegten regionalen Grünzug liegt, ist zur Realisierung dieses Vorhabens eine Änderung des Regionalplans in Form der Reduzierung des Grünzugs in diesem Bereich notwendig. Als Kompensation wird im Gegenzug an anderer Stelle im Regionalplan in räumlicher Nähe ein Grünzug neu festgelegt.

In öffentlicher Sitzung des Technischen- und Umweltausschusses am 06.04.17 wurde über die 6. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes für den Verwaltungsraum Tuttlingen berichtet. Ein Änderungspunkt war im Stadtteil Tuttlingen-Möhringen die Erweiterung der gewerblichen Baufläche um ca. 17 ha „Gänsäcker-Erweiterung“, welche bislang als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen war. Diese Neuausweisung wurde durch die Ermittlung des Gewerbeflächenbedarfs mit 26,45 ha nachgewiesen. Somit wurden keine Anregungen von Seiten der Stadt Engen und der VVG Engen gegen die 6.Fortschreibung des Flächennutzungsplanes für den Verwaltungsraum Tuttlingen ausgesprochen.

Die 1.Änderung des Regionalplans Schwarzwald-Baar-Heuberg 2003 „Änderung des regionalen Grünzugs in Tuttlingen-Möhringen“ hat als Grundlage die 6.Fortschreibung des Flächennutzungsplanes für den Verwaltungsraum Tuttlingen. Da die Stadt Engen und die VVG Engen gegen die 6.Fortschreibung des Flächennutzungsplanes für den Verwaltungsraum Tuttlingen keine Anregungen ausgesprochen hatte, werden auch gegen die 1.Änderung des Regionalplans Schwarzwald-Baar-Heuberg 2003 „Änderung des regionalen Grünzugs in Tuttlingen-Möhringen“ keine Anregungen vorgebracht.

7.5 Denkmalschutzrechtliche Verfahren

Die Schreiben des Landratsamtes, Untere Denkmalschutzbehörde, vom 25. Und 26.09.2017 zur denkmalschutzrechtlichen Genehmigung für die Eisenbahnüberführungen Talbach und Baltenbergstraße werden im Umlauf zur Kenntnis gegeben.

8 Anregungen und Anfragen

8.1 Hewenstraße - Baumfällarbeiten

Stadtrat Nilson erkundigt sich nach den derzeit durchgeführten Baumfällarbeiten im Bereich der Hewenstraße.

Stadtbaumeister Distler erklärt, dass es sich hier um die alljährlich stattfindenden Pflegemaßnahmen seitens des Bauhofes handle.

8.2 Reinigung Aufzug

Stadtrat Kamenzin gibt zu verstehen, dass beim Aufzug in der Altstadt unbedingt auch oben drauf eine Reinigung erfolgen müsse.

8.3 Alteisensammlung durch Vereine

Stadtrat Höfler führt aus, dass es bei der Alteisensammlung durch die Vereine erhebliche Probleme gebe seitens des Landratsamtes und auch seitens der Polizei.

Bürgermeister Moser erklärt, dass dies wahrscheinlich im Zusammenhang stehe mit den landwirtschaftlichen Fahrzeugen, die zum Transport des Alteisens genutzt werden. Hier würde dann wohl eine gewerbliche Nutzung vorliegen. Genauere Erkenntnisse gebe es jedoch noch nicht.

Stadtrat Ellensohn verweist hier auf das grüne Nummernschild der landwirtschaftlichen Fahrzeuge, die ja steuerfrei seien. Es solle versucht werden, für den Transport gewerblich genutzte Fahrzeuge einzusetzen. Dann könne man diese Probleme umgehen.

8.4 Messanlage bei der evangelischen Kirche

Stadtrat Nilson fragt nach, um was für eine Messanlage es sich bei der evangelischen Kirche handelt.

Auch Bürgermeister Moser sei diesbezüglich nichts bekannt. Das werde aber geprüft und wenn es keine Genehmigung dafür gebe, müsse diese entfernt werden.

Unterzeichner/in:

Datum:

Johannes Moser
Bürgermeister

Sabine Jahn
Protokollführerin

Bernd Keller
Stadtrat

Martin Schoch
Stadtrat